

# Die Christliche Demokratie im politischen Ideenspektrum

Von Rudolf Uertz

Das Ende des realen Sozialismus, die wirtschaftlichen und kulturellen Folgen der Globalisierung sowie der Prestigeverlust des Staates erfordern in Politik- und Geschichtswissenschaften eine Überprüfung und Revision des herkömmlichen politischen Ideenspektrums Konservatismus–Liberalismus–Sozialismus und der ideologischen und ideengeschichtlichen Typologien. Wenn die etablierten Parteien sich allesamt als *Volksparteien* und ihre Programmatik als »Politik der Mitte« präsentieren und die Zivil- oder Bürgergesellschaft zur zentralen Leitidee avanciert, wenn die Parteien gleichermaßen bei liberalen und kommunitaristischen Konzepten Anleihen machen, wenn zentrale Leitbegriffe wie »Soziale Marktwirtschaft« und »Subsidiarität«, die früher sichere Kennzeichen der Programmatik des liberalen und christlich-demokratischen Ideenspektrums waren, nunmehr auch vom demokratischen Sozialismus beansprucht werden, wenn die »Parteien der Mitte« unisono den Sozialstaat »umbauen«, »modernisieren«, »liberalisieren« und die Administration deregulieren wollen, dann wird es zunehmend schwieriger für die Parteien- und Ideologieforschung, plausible Unterscheidungskriterien, Bewertungsmaßstäbe und Charaktereigenschaften der Parteien und ihrer Programmatik zu benennen.

Zum Ideenspektrum Konservatismus – Liberalismus – Sozialismus<sup>1</sup>

Bei genauerem Hinsehen wird man feststellen müssen, dass die Probleme einer systematischen Unterscheidung der Parteienprogrammatik angesichts einer Entideologisierung der Politik schon geraume Zeit vorher eingesetzt haben. Otto Kirchheimer hat den Wandel des westeuropäischen Parteiensystems (»die bürgerliche Partei alten Stils«), die Umbildung seiner Strukturen und Funktionen bereits für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg analysiert und den neuen Parteiotyp, die »Massenintegrationspartei«, auch »Volkspartei« oder »Allerweltpartei« (*catch-all party*) genannt, eingehend beschrieben.<sup>2</sup> Als Merkmale des neuen Parteiotyps nennt er: »a) Radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten einer Partei ... b) weitere Stärkung der Politiker

---

<sup>1</sup> Zu den klassischen Ideenkreisen und ihren Varianten vgl. Johann Baptist MÜLLER, *Die politischen Ideenkreise der Gegenwart*, Berlin 1992.

<sup>2</sup> Otto KIRCHHEIMER, *Der Wandel des Westeuropäischen Parteiensystems*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 6 (1965), S. 20–41, hier S. 27.

an der Parteispitze; was sie tun oder unterlassen wird jetzt mehr vom Standpunkt ihres Beitrages zur Wirksamkeit des ganzen gesellschaftlichen Systems angesehen und nicht danach, ob sie mit den Zielen der jeweiligen Parteiorganisation übereinstimmen; c) Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds; diese Rolle wird als historisches Überbleibsel angesehen, das das Bild der neu aufgebauten ›Allerweltpartei‹ in ein falsches Licht setzen kann; d) Abkehr von der ›chasse gardée‹, einer Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis, statt dessen Wahlpropaganda mit dem Ziel, die ganze Bevölkerung zu erfassen; e) Streben nach Verbindungen zu den verschiedensten Interessenverbänden.«<sup>3</sup>

Theo Stammen konzediert Schwierigkeiten, die »Parteiideologien« im Hinblick auf ein »mehr oder weniger systematisch ausgebautes Ideensystem« darzustellen. Dabei gehe es keineswegs etwa um »die Frage nach Richtigkeit oder Wahrheit dieser Ideen«, sondern lediglich darum, die sog. präskriptiven Aussagen, d.h. die Forderungen, die eine Partei als Handlungsziele und Handlungsorientierung aufstellt, systematisch zu handhaben.<sup>4</sup> Näherhin verlange dies Vergleich und Beschreibung »von Werten und der Realität«. Dabei gelte es, die Diskrepanz zwischen Werten und Realität, zwischen Sein und Sollen wahrzunehmen – eine Diskrepanz, die zugleich ein Kriterium zur Charakterisierung der Parteienprogrammatik beinhaltet: Denn »radikale Parteien stellen eine größere Diskrepanz zwischen Werten und Realität fest und stellen weitergehende Forderungen; konservative Parteien ermitteln eine geringere Diskrepanz zwischen Sein und Sollen, und erheben Forderungen geringerer Reichweite«. Zum Kriterium der Unterscheidung zwischen Sein und Sollen tritt demnach ein weiteres hinzu: das des größeren oder geringeren Abstands zwischen beiden bzw. das der Sachbezogenheit der programmatischen Forderungen. Anders formuliert: Bürgerliche Parteien sind realistischer; sie versprechen ihren Wählern weniger Revolutionäres, was auch bedeuten kann, dass sie mehr »Flickschusterei« oder – nach Karl Popper – »Stückwerkstechnologie« betreiben.<sup>5</sup>

Doch fragt man sich: Was bedeutet es, *Sein* und *Sollen* zu beschreiben angesichts des Umstands, dass es sich bei beiden Größen um Variablen handelt? Werte, Normen, Begriffe, Sprachformeln und Ideologien finden höchst unterschiedliche Verwendung. Die »Wörterwelt«, wie es Lichtenberg ausdrückt, hat ihre eigene Geschichte. Wörter entspringen zumeist dem subjektiven Emp-

3 O. KIRCHHEIMER (wie Anm. 2), S. 20–41, hier S. 32.

4 Theo STAMMEN, Systematische Einleitung in: Rainer KUNZ/Herbert MAIER/Theo STAMMEN, *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik*, München 1975, S. 31.

5 Vgl. Karl POPPER, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 1, *Der Zauber Platons*, Bern 1970, zieht dem Holismus bzw. der Revolution die *Stückwerkstechnologie* vor; niemand könne Gesellschaften im Ganzen entwerfen.

finden, der »Interessenlage« oder auch – wenn sie einem missliebige sind oder aus einer »Gegenwelt« zu kommen scheinen – »dem falschen Bewusstsein«, wie es etwa der dialektische und historische Materialismus der bürgerlichen Ideologie vorhielt.

Eberhard Puntsch möchte am liebsten ganz der herkömmlichen Ideologieraster entraten. Diese bezeichnet er als »Links-Mitte-Rechts-Unfug«. Die Politik würde dadurch ungebührlich vereinfacht, die Handlungsmöglichkeiten verkürzt, die kleineren Parteien zwischen den beiden Blöcken, »links« und »rechts«, zerrieben; bei einer solchen Topologie kämen die liberalen Parteien nicht recht zur Geltung. Schließlich gehe es in der Politik ums Ganze; das aber bliebe beim Links-Mitte-Rechts-Schema außer Betracht.<sup>6</sup> Auch Egon Tuchtfeldt hält die Dichotomie »rechts-links« oder »reaktionär-progressiv« für kaum geeignet, um die verschiedenen Standorte des politischen Denkens und der ihnen verpflichteten Gruppierungen zu kennzeichnen. Man konstruiere »damit doch nur ein Feindbild ..., das die eigene Position als allein richtig profiliert«. Schließlich drängen alle Parteien in die »Mitte« und wollten »Volksparteien sein, obwohl doch der Begriff »Partei« schon vom Wortsinn her auf einen Teil des Ganzen« hindeute. So plädiert Tuchtfeldt für die klassische Trias Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus. Diese seien innerlich zusammenhängende »gesamtgesellschaftliche Ideensysteme ... über das, was unter bestimmten Grundannahmen für Mensch und Gesellschaft als wünschenswert angesehen wird. Als solche *Ideensysteme* müssten sie aber »von den historisch-konkreten Ausprägungen parteilicher Art unterschieden werden.«<sup>7</sup> Im Anschluss an Friedrich August von Hayek möchte Tuchtfeldt die drei politischen Ideenkreise in einem »einfachen« oder »differenzierten Wertedreieck« zusammengestellt sehen, um so anzuzeigen, dass die Dreiteilung der Ideensysteme bzw. deren Fraktionierung gedanklich stets auf das Ganze bezogen sein müssten, zu dem sie sich je unterschiedlich verhielten.<sup>8</sup>

Andere Autoren verweisen gerade auf die anthropologischen Ursprünge der politischen Links-Mitte-Rechts-Unterscheidung: Diese sei Ausdruck des dem Menschen angeborenen Richtungs- und Ordnungssinns. Nicht so sehr die Geschichte, sondern die Kulturanthropologie stelle den Schlüssel für die räumlich-begrifflichen Kriterien in der Politik bereit.<sup>9</sup>

---

6 Eberhard PUNTSCHE, *Der Links-Mitte-Rechts-Unfug. Die Welt der Parteien ist nicht zweipolig*, Bonn 1994, S. 97ff.

7 Egon TUCHTFELDT, *Ideensysteme als Bezugsrahmen der Politik*, in: *Ordo* 30 (1979), S. 79f.; E. PUNTSCHE (wie Anm. 6), S.109ff., hält Tuchtfeldts differenziertes Wertedreieck »für das Gespräch mit dem Orientierung suchenden Bürger ... zu unhandlich«. Tuchtfeldts differenziertes Wertedreieck sei überladen; zudem schleppe es mit den Ordnungsformen Ständestaat (Konservatismus) und Rätestaat (Sozialismus) antiquierte Ordnungsformen mit.

8 Vgl. E. TUCHTFELDT (wie Anm. 7), S. 90.

9 Wolfgang KRISCHKE, *Der Respekt vor der Mitte*, in: *FAZ* v. 18. April 2001.

Die Etikettierung von Tradition und Fortschritt gemäß der – zunächst nur kurz währenden – Sitzverteilung in der französischen Nationalversammlung seit dem 23. Juli 1789 wäre demnach nicht die »Urszene der politisch-topographischen Metaphorik, sondern eher ihr zufälliges Nebenprodukt«. H. F. Bienfait und W. E. A. van Beek halten die Sitzordnung der französischen Nationalversammlung, auf die das Links-Rechts-Schema zurückgeht, für ein Produkt der Sprach- und Denkgewohnheit, die eben anthropologisch tief verwurzelt sei und sich auch ohne das Zutun der Zimmerleute, die nach dem Ende der Generalstände den Sitzungssaal der Nationalversammlung neu gestalteten, durchgesetzt hätte.<sup>10</sup>

Die Rechts-Links-Unterscheidung ist für die genannten Autoren ein multifunktional einsetzbares Klassifikationssystem zur Ordnung der Welt, das mit einer Vielzahl grundsätzlicher Gegensatzpaare wie heilig-profan, männlich-weiblich, stark-schwach Kriterien zur Beschreibung von Ordnung und Ordnungszielen anbietet, zu denen eben auch das fundamentale Gegensatzpaar links-rechts als Sinnbild sozialer Gliederung gehört – ein urwüchsiges Schema, das gewissermaßen automatisch auf die politischen Bewegungen des Parlamentarismus übertragen worden sei. Selbstredend ist zu berücksichtigen: »links« und »rechts« gelten nicht ein für allemal definiert, sondern hängen vom zeitgeschichtlichen Kontext, den jeweiligen sachlich-politischen Konstellationen und eben den Bewertungsmustern ab. Und auch einen allseits geteilten Wertekonsens gibt es hierbei nicht.

Die Rechts-Links-Relation im europäisch-amerikanischen Parteiensystem impliziert auch das Verhältnis von Regierung zur Opposition. »Rechts« und »links« sind entsprechend in der Sitzordnung des englischen Parlaments austauschbar, wo die jeweilige Regierungspartei rechts vom *speaker* sitzt. Eine weitere Unterscheidung, etwa die zwischen Staatspartei und Volkspartei entspricht der Spannung zwischen Herrschaft und Genossenschaft. Diese Spannung war mit entscheidend für den Gegensatz *konservativ – liberal*, der später vom Kontinent auch in England übernommen wurden ist. »Dem Sozialismus gegenüber, der dritten Partei, rückten die bürgerlichen Parteien zusammen. Seit dem Ersten Weltkrieg bildete sich der *Totalitarismus* von rechts und links heraus: aus einer radikalen Randgruppe der Konservativen bildete sich der Nationalismus, aus dem konsequenten Klassenkampffideologen der sozialistischen Front der Kommunismus.«<sup>11</sup> Diese Abspaltungen und Radikalisierungen an den Rändern bedeuten zugleich eine Modifizierung der Klassifikationskriterien: Die Gegensätze von Konservatismus und Liberalismus als

---

10 H.F. BIENFAIT/W.E.A. VAN BEEK, *Right and Left as Political Categories*, in: *Anthropos* 96 (2001), S. 169–178.

11 Otto Heinrich VON DER GABLENTZ, *Einführung in die Politische Wissenschaft*, Köln 1965, S. 147f.

Ausweis des (breiteren) bürgerlichen Lagers verlieren an Schärfe, und selbst der freiheitliche Sozialismus teilt mit diesen ein wichtiges Merkmal, auch wenn dies »leider nicht immer rechtzeitig bewusst geworden« (Otto Heinrich von der Gablentz) ist: Diese Parteien der Mitte teilen prinzipiell die verfassungs- und rechtsstaatlich verankerten Grundwerte. Verfassungstreue und damit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Gewaltenteilung, Volkssouveränität u.a. sind Prinzipien, die einst den Konfliktstoff zwischen liberal und konservativ ausmachten. Jetzt aber sind diese Ideen anerkannte Grundbedingungen der Politik und Spielregeln des Parlaments.

Aber Parteiensystem und -programmatische wurden komplizierter durch das Hinzutreten weiterer Parteytypen und parteipolitischer Merkmale: Nationale und landsmannschaftliche Abstammung, Konfession und schließlich die spezifische Interessenausrichtung spielen eine wichtige Rolle bei den Abspaltungen, Flügelbildungen, Zusammenschlüssen oder bei Neugründungen von Parteien. Bei aller Unübersichtlichkeit, nicht zuletzt auch angesichts des Umstands, dass die bürgerlichen Parteien sich einander annähern, so dass sie nun alle eine Mischung aus sozialen, liberalen und konservativen Ideen in ihrer Programmatische verkörpern, lässt sich doch ein prägnantes Kriterium finden, das durchgängig zu beobachten ist und auch für die aktuelle Erörterung Bestand haben sollte: Der alte Gegensatz »Staatspartei – Volkspartei«, aus dem im 19. Jahrhundert die Links-Rechts-Topologie hervorgeht, markiert die Spannung zwischen etatistischen und bürgerlich-gesellschaftlichen sowie personalistischen Prinzipien.<sup>12</sup> Dieses Merkmal kann auf allen Ebenen politisch-staatlichen Handelns (Bund, Länder, Gemeinden, Regionen, Europa) formale mit inhaltlichen Bewertungsmaßstäben von Politik verbinden.

Politik und politische Parteien haben auf die zunehmende Differenzierung des politisch-gesellschaftlichen Systems etwa seit den 70er Jahren mit einer zunehmenden Verwissenschaftlichung der Programmsprache reagiert. Vor allem die »sozialwissenschaftlichen Termini mit ihren zahllosen schwerverständlichen Kunstwörtern haben Eingang in die Sprache der Parteiprogramme gefunden«. Damit taucht, so kommentiert Theo Stammen, »ein ambivalentes Problem auf, zu dem zweierlei zu sagen ist. Auf der einen Seite wird man diese Verwissenschaftlichung der Programmsprache<sup>13</sup> – speziell etwa im Zusammenhang mit den im Programm ja auch zu leistenden Realanalysen der gesellschaftlichen und politischen Gesamtsituation – als einen Zuwachs an Rationalität und kritischer Genauigkeit in diesem Aussagebereich bewerten können. Auf der anderen Seite ist jedoch unverkennbar, dass sich mit dieser Verwissenschaftlichung

---

12 EBD. S. 147.

13 Die Verwissenschaftlichung der Programmsprache setzt nach Stammen mit den Freiburger Thesen der FDP (1972) und dem Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985 der SPD ein.

chung das Problem der Kommunikation stellt: »Welche Bürger oder Parteimitglieder ohne akademische oder gar spezielle sozialwissenschaftliche Ausbildung sind noch in der Lage, einer derartigen rationalen und kritischen Gesellschafts- und Politikanalyse zu folgen?« Die Parteien hätten darauf Acht zu geben, dass »die (nicht zu verstehende) Rationalität« von Programmaussagen nicht »in eine Irrationalität der Wirkung, in eine neue Mythologie umschlägt« und dass durch die Verwissenschaftlichung der Programmsprache nicht grundlegende Funktionen eines Parteiprogramms gefährdet werden.<sup>14</sup>

Diese Entwicklung bringt also die Gefahr der Abkoppelung von der Alltagswelt mit sich; die Verwissenschaftlichung hat aber auch Rückwirkungen auf die politiktheoretische und ideengeschichtliche Analyse der Parteien. Die fortwährenden Differenzierungen der Parteienanalyse verändern auch den Blick zurück: Man entdeckt im politisch-geschichtlichen und ideologischen Spektrum neue Facetten, die bisher nicht oder nicht so wahrgenommen wurden. So bemerkt Axel Schildt, dass die 1950er Jahre in der Zeitgeschichtsforschung jetzt *neu vermessen* würden.<sup>15</sup> Als Beispiel nennt er die wirtschaftlich-technischen Modernisierungstendenzen in der frühen Bundesrepublik Deutschland, die unter den »konservativen Auspizien« früherer Forschungsrichtungen nicht genügend wahrgenommen worden seien. So hatte sich in einzelnen Bereichen der Politik- und der Geschichtswissenschaft die Vorstellung der Restauration nach 1945 verbreitet – ein Bild, das es zu korrigieren gilt. Allerdings werden die angekündigten »Neuvermessungen« (A. Schildt) in wichtigen Punkten dann doch nur halbherzig vorgenommen. Ich habe an anderer Stelle bereits gezeigt, dass z.B. die am Rande der Unionsparteien angesiedelte *Abendländische Akademie* und die Gruppe um die Zeitschrift *Das Neue Abendland* nur Segmente darstellten, die aber keineswegs repräsentativ für die CDU und CSU waren.<sup>16</sup> Das sieht wohl auch Axel Schildt; doch bleibt bei ihm und anderen Autoren unberücksichtigt, auf welche Art und Weise es zu den Fehlcharakterisierungen der frühen Bundesrepublik Deutschland gekommen ist.<sup>17</sup> Diese Fehlcharakterisierungen beruhen näm-

14 T. STAMMEN (wie Anm. 4), S. 32f.

15 Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999, S. 4; Hans-Peter SCHWARZ, *Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – Herausforderung für die Forschung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36 (1982), S. 3ff., hier S. 6, hat schon früher die Modernisierungstendenzen der frühen Bundesrepublik hervorgehoben.

16 Vgl. Rudolf UERTZ, *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 45ff.

17 Dies gilt auch für Guido MÜLLER/Vanessa PLICHTA, *Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1924–1957*, in: *Zeitschrift für Geschichte der Europäischen Integration* 5 (1999), Nr. 1, S. 17ff.

lich auf ideologischen Verengungen, die schon Anfang der 1950er Jahre in der Publizistik, seit Mitte der 1960er Jahre dann auch in Teilen der wissenschaftlichen Darstellungen Verbreitung fanden. Bemerkenswert ist, dass dabei ein Konservatismusbild gezeichnet wird, das sich vor allem aus einer Vermischung von Konservatismus und Christentum, christlicher Partei und religiös-kirchlicher Tradition zusammensetzt. Dieser spezifischen Konservatismustheorie wird sich der folgende Abschnitt widmen. Es soll gezeigt werden, dass entgegen der These der bisherigen Konservatismusforschung die Verbindung von Christentum und Parteiprogrammatik der Union nicht so sehr an traditionellen Ideen anknüpft, sondern vielmehr deren liberales Profil geschärft hat. Weiterhin ist aufzuzeigen, welche Typologien und Kriterien die Politik- und Geschichtswissenschaft zur Charakterisierung von Parteiprogrammatik anzubieten hat.

#### Die christliche Demokratie im herkömmlichen politischen Ideenspektrum

Die Mitte-Links-Rechts-Topographie und die ideenpolitische Trias liberal-konservativ-sozialistisch führen in Wissenschaft, Publizistik und Öffentlichkeit ein zählebiges Dasein. Dieses beruht wohl nicht nur auf der Gewöhnung an die historische Einteilung der politischen Bewegungen seit der Französischen Revolution 1789 und der Parlamentarisierung seit dem 19. Jahrhundert; vielmehr scheint das weitverbreitete Festhalten an dieser Typologie auf anthropologischen Konstanten zu beruhen. Versuche von Politikwissenschaftlern, diese Typologie wissenschaftstheoretisch zu modifizieren, fanden große Verbreitung. So wurde die von Wolf Dieter Narr entwickelte »Drei-Schulen-Lehre« in mehr oder weniger großen Modifizierungen und Ergänzungen fast von allen politikwissenschaftlichen Einführungswerken übernommen. Narr unterscheidet die »drei Theorietypen«: 1. die normativ-ontologische oder (ideengeschichtlich-)essentialistische Theorievariante, 2. die deduktiv-empirischen Theorie und 3. die dialektisch-historische Theorie. In der Sache war dieses Modell nur bedingt erfolgreich. Werner J. Patzelt bemerkt: »Bis zum Zusammenbruch der sozialistischen Staaten galten Politikwissenschaftler, die sich der historisch-dialektischen Schule zurechneten oder ihr zugeordnet wurden, nicht selten als die ›fortschrittlichen‹ Fachvertreter, während die als empirisch-analytisch oder gar als normativ-ontologisch ... etikettierten Politikwissenschaftler als ›konservativ‹ und allenfalls bedingt fortschrittlichen Ideen aufgeschlossen dargestellt wurden. Tatsächlich hatte die ›Drei-Schulen-Lehre‹ ein Stück weit die Funktion, die *politischen* Lager in der gespaltenen deutschen Politikwissenschaft zu markieren: Als ›links‹ und ›neomarxistisch‹ galten die Vertreter des historisch-dialektischen Ansatzes, als ›liberal‹ und der ›Mitte‹ zugehörend die Verfechter empirisch-analytischer Politikwissenschaft, als ›konservativ‹ und ›rechts‹ die ›normativen Ontologen‹. Für eine gewisse Zeit

konnte diese Einteilung durchaus als nützlicher Kompass dienen, zumal nicht wenige Politikwissenschaftler sie selbst zur Festlegung ihres persönlichen – auch politischen – Standorts übernahmen. Eine nähere Betrachtung zeigt freilich, dass die ›Drei-Schulen-Lehre‹ allenfalls dazu taugt, ein oder zwei Generationen von Politikwissenschaftlern zu klassifizieren, keineswegs aber geeignet ist, ein dem Fach angemessenes Selbstverständnis zu begründen. Inzwischen hat sie ihre Orientierungsfunktion denn auch verloren, und zwar mit gutem Grund.«<sup>18</sup>

Auffällig ist, dass der zur normativ-ontologischen Schule gerechnete politische Ideenkreis wie er in der ›Drei-Schulen-Theorie‹ von Narr vorliegt, weitgehend mit dem Konservatismusbild übereinstimmt, das der Autor bereits anhand der CDU-Programmatik bis 1965 gezeichnet hat. Es scheint, dass auch Narrs wissenschaftstheoretisches Ideensystem der ontologisch-normativen bzw. essentialistischen Theorie an dem Material herausgebildet ist, das auch seiner Studie ›CDU – SPD‹ zugrunde lag. Helga Grebing und andere sind ihm in seinen Charakterisierungen gefolgt. Nach der normativen Theorie hat »der Begriff des Politischen einen durchgehend präskriptiven Charakter .... Er findet in der öffentlichen Tugend, im guten Regieren, im standfesten Charakter von Herrschenden und Beherrschten sein *definiens*. Solcher Begriff (fast ist man geneigt zu sagen, solche Ontologie des Politischen) lässt dann Politikwissenschaft zu einem Zweig der *Moralphilosophie*, noch dazu antiquierten Musters, werden.«<sup>19</sup> Beachtlich ist nun, dass diese Sichtweise einen Großteil der Charakterisierungen der CDU- und CSU-Theorie und -Programmatik geprägt hat.

Die christlich-demokratischen Ideen werden im Vergleich zum Liberalismus und demokratischen Sozialismus in der historisch-politikwissenschaftlichen Forschung in systematischer und ideengeschichtlicher Hinsicht selten behandelt, was zur Folge hat, dass die Eigenständigkeit der Christlichen Demokratie neben den herkömmlichen politischen Ideenkreisen und Bewegungen zumeist verkannt wird. So sucht man in den meisten politischen Wörter- bzw. Handbüchern das Stichwort *Christliche Demokratie* vergebens,<sup>20</sup> selbst in solchen Editionen, die differenziertere Artikel zur sozialen Demokratie oder zum

---

18 Werner J. PATZELT, *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*, Passau 2001, S. 207f.; zur Kritik an den drei metatheoretischen Schulen vgl. auch Ulrich MATZ, *Bemerkungen zur Lage der Deutschen Politikwissenschaft*, in: *Zeitschrift für Politik* 32 (1985), S. 1–7, hier S. 3ff.

19 Wolf-Dieter NARR, *Logik der Politikwissenschaft – eine propädeutische Skizze*, in: Gisela KRESS/Dieter SENGHAAS (Hg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, S. 13–36, hier S. 18.

20 Eine Ausnahme bildet der kurze Artikel »Christliche Demokratie« von Hans MAIER in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, hg. v. Joachim RITTER, Bd. 2, Basel 1972, Sp. 55f.



politischen Liberalismus enthalten.<sup>21</sup> Man behilft sich dann seitens der Herausgeber damit, dass man Artikel wie christliche Soziallehre oder katholische und evangelische Sozialethik aufnimmt. Doch ist die christliche Sozialethik oder Soziallehre, zumindest was die Christliche Demokratie nach 1945 betrifft, nicht ohne weiteres als Politische Theorie der Unionsparteien anzusehen, auch wenn – wie in der Frühzeit – gewisse Affinitäten festzustellen sind. Dass es allerdings auch im Umfeld der Christlichen Demokratie diesbezüglich Verlegenheiten gab und gibt, kann nicht bestritten werden.<sup>22</sup>

So enthält etwa auch der Band 1 der Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, »Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen – Aufbau – Ziele« aus dem Jahre 1967 keinen Artikel zur »Christlichen Demokratie«, obwohl die anderen politischen Bewegungen wie Sozialismus, Kommunismus, demokratischer Sozialismus und politischer Liberalismus ausführlich behandelt werden. Als Alternative zu einem solchen Artikel hat der Herausgeber zwei Aufsätze aufgenommen, die je aus katholischer und evangelischer Sicht das Thema »Staat und Politik« traktieren.<sup>23</sup>

Zweifellos stellten katholische und evangelische Staatslehre nach 1945 wichtige Leitlinien für die Unionsparteien dar, aber dennoch können die kirchlich-konfessionellen Zugänge zu Staat und Politik nicht ohne weiteres als politische Theorie einer interkonfessionellen politischen Partei wie der CDU angesehen werden. Auch wenn die Unionsparteien in der Gründungs- und Konsolidierungsphase von der Katholischen und von Teilen der Evangelischen Kirche beträchtliche Unterstützung fanden, taugt die Sozialethik der beiden Kirchen nicht als unmittelbare Handlungsanleitung zur Ausgestaltung der einzelnen Politikbereiche, zumal beide Kirchen in vielen Sachfragen der politisch-rechtlichen Grundordnung ausgesprochen defensiv argumentierten.<sup>24</sup>

Die Christliche Demokratie als in dieser Konstellation einzigartige Partei-formation stellte und stellt nicht nur an Politiker, sondern auch für den wissenschaftlichen Betrachter erhöhte Anforderungen, nicht zuletzt aufgrund des komplizierten Zusammenspiels von Religion und Politik, Kirchen und Staat, Theologie und Ethik und Partei. Diese politisch-weltanschaulichen Eigenhei-

---

21 Eine umfassende Übersicht über die Theorie und Geschichte der Christlichen Demokratie bietet neuerdings das *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, hg. v. Winfried BECKER u.a., Paderborn 2002.

22 Vgl. Rudolf UERTZ, *Christliche Sozialethik und Christliche Demokratie. Zur Zukunftsfähigkeit des sozialetischen Dialogs*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 267ff.

23 Vgl. *Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen – Aufbau – Ziele* (Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd. 1), Bonn <sup>2</sup>1967, S. 51–81, 83–116.

24 Auch der Artikel von Hermann Josef RUSSE, *Gesellschaftspolitik aus christlicher Verantwortung*, EBD. S. 117–178, vermag kaum eine politische Theorie der Christlichen Demokratie zu skizzieren, zumal sich dieser Artikel weitgehend auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränkt.

ten wurden schon früh und – vielfach vereinfachend – als die Frage nach dem »C« bezeichnet.<sup>25</sup>

In gewisser Weise stilbildend für die Untersuchungen über die Programmatik und Theorie der Christlichen Demokratie war die Arbeit von Wolf-Dieter Narr: »CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945« aus dem Jahre 1966. Rund zehn Jahre zuvor hat Gerhard Schulz in der ersten umfanglicheren wissenschaftlichen Untersuchung über die CDU die theoretischen, programmatischen, historischen und parteisozologischen Linien und Befunde solide herausgearbeitet und umsichtig bewertet. Für Schulz steht die Entscheidung zur Gründung der Union und zum Christlichen als Ausweis im Parteinamen vor allem unter dem Eindruck der nach 1945 wieder freigelegten Glaubensgrundlagen. »Eine fast allgemeine Beschäftigungslosigkeit des Geistes in der zerstörten technisch-materiellen Welt und die seelischen Depressionen nach Krieg, Tod, politischem Druck und jäher Entlastung mochten die massenhafte Hinwendung zum Metaphysischen psychologisch begünstigen.« Die religiös-sittliche Erneuerung und die verstärkte Hinwendung zum christlichen Glauben münden zunächst noch nicht in konkret fassbare Programme; doch sind christliche Ethik und christliche Weltanschauung insofern feste Orientierungslinien, als sie der Ideologie des Nationalsozialismus, Materialismus, Agnostizismus sowie dem Recht des »Führerstaats« schon vom Grundansatz her diametral entgegenstehen.<sup>26</sup> Die im Anfang vornehmlich mit kirchlichen und religiösen Vorstellungen angefüllten Äußerungen zum politischen und parteipolitischen Neuanfang, so formuliert Gerhard Schulz, vermochten der »Seele Halt« zu geben, »solange die materielle Welt in der totalen Zerstörung und der Ungewissheit der Zukunftsaussichten beinahe nichtig geworden zu sein schien«.

Doch habe die Umorientierung nach Kriegsende keine »dauerhafte habituelle Veränderung« bewirkt. Denn die Politik sei auch und gerade unter den modernen Bedingungen eine Angelegenheit »des modernen säkularisierten Menschen«. Was einzelne Theologen und Sozialethiker später mit einem Un-

---

<sup>25</sup> Hans Maiers große Untersuchung, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie*, München <sup>3</sup>1973, behandelt lediglich die Anfänge der Christlichen Demokratie.

<sup>26</sup> Im Kommentar des nationalsozialistischen Staatsrechts, dem »Verfassungsrecht des Großdeutschen Reichs« von Ernst Rudolf Huber (1937, <sup>2</sup>1939), S. 230 heißt es: »Der Führer vereinigt in sich alle hoheitliche Gewalt des Reiches; alle öffentliche Gewalt im Staat wie in der Bewegung leitet sich von der Führergewalt ab. ... Die Führergewalt ist umfassend und total ... (sie) ist nicht durch Sicherungen und Kontrollen, durch autonome Schutzbereiche und wohlerworbene Einzelrechte gehemmt, sondern sie ist frei und unabhängig, ausschließlich und unbeschränkt.« Auch wenn es katholischer- und evangelischerseits keine ausgefeilte Staats- und Verfassungslehre gibt, so ist doch die von Huber zusammengefasste Rechtsauffassung des Nationalsozialismus genau umgekehrt zu den Grundanschauungen der christlichen Sozialethik, der christlichen Auffassung vom Menschen, seinen Rechten und seinen Pflichten in Staat, Rechtsordnung und Gesellschaft.

terton des Bedauerns bemerkt haben,<sup>27</sup> ist für den Parteihistoriker ein Selbstverständnis moderner pluralistisch-gesellschaftlicher Bedingungen: dass auch eine christliche Partei genötigt ist, sich den Sachfragen der Politik zu widmen. Schulz sieht entsprechend im Programm der »Sozialen Marktwirtschaft«, den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949, und im Hamburger Programm von 1953, dem Programm für die zweite Bundestagswahl, eine konsequente Hinwendung zu konkreten politischen Sachbereichen und ordnungspolitischen Fragen. Die »Politik und Propaganda der CDU« sieht Schulz als ebenso »erfolgreich wie zielsicher« und psychologisch richtig angelegt »angesichts der latenten Erwartungen der Bevölkerung Westdeutschlands ... nach Wiederherstellung, Hebung und Sicherung des Lebensstandards«. <sup>28</sup> Das religiöse Bemühen und damit der Charakter der CDU als »Weltanschauungspartei« seien dagegen zwangsläufig verblasst. Die materiellen Forderungen seien eben stärkere Gemeinsamkeiten als die geistigen Forderungen; denn »die Begriffe ›Weltanschauung‹ und ›Integration‹ scheinen sich als definitorische Hauptmerkmale auszuschließen«. Schulz spricht damit das Problem an, dass Katholiken und Protestanten ihre gemeinsamen politischen Programmpunkte unterschiedlich begründeten. Das aber hatte zur Konsequenz, dass eben religiöse Begründungen in der Programmatik mehr und mehr zurücktreten mussten.

Rund ein Jahrzehnt später hat sich die Fragestellung in der Parteienanalyse beträchtlich gewandelt. Auch Wolf-Dieter Narr konzediert, dass sich die Religion primär auf die Motive des Handelns beziehe; sie sei Sache des einzelnen und habe im öffentlichen Raum nur in sehr eingeschränkter Weise Platz: »Die Möglichkeit einer christlichen Politik als Politik christlicher Verantwortung gilt personal; sie duldet nicht die Übertragung auf eine politische Gruppe im ganzen.« <sup>29</sup> Damit aber werde »auch schon die immanente Grenze der Integrationskraft des Christlichen deutlich«. Wohl schlossen Individualethik und Gruppenethik einander sicherlich nicht aus, doch sieht Narr – ähnlich wie Schulz – diesbezüglich doch beträchtliche Unterschiede zwischen katholischem und evangelischem Politik- und Sittlichkeitsverständnis, was eben auch der *christlichen Weltanschauung* als Integrationsfaktor Grenzen setze. »Es fällt auf, dass die Protestanten in der Union gewöhnlich mehr von christlicher Verantwortung und christlichen Grundsätzen ohne jeweils zwingenden Zusammenhang zur politischen Aktion sprechen, die Katholiken mehr von christlicher Weltanschauung, gottgewollter Ordnung und christlichen Naturrechten,

---

27 Vgl. Wilhelm WEBER, *Geschichte der katholischen Sozialbewegung in Deutschland*, in: *Katholisches Soziallexikon*, hg. v. Alfred KLOSE/Wolfgang MANTL/Valentin ZSIFKOVITS, Innsbruck/Graz <sup>2</sup>1980, Sp. 442ff., hier S. 451f.

28 Gerhard SCHULZ, *Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus*, in: *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953* (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, 6), Stuttgart 1955, S. 3–157, hier S. 146.

29 Wolf-Dieter NARR, *CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart 1966, S. 177.

Vorstellungen, die sich auch in partiellen Sachforderungen und Handlungen Ausdruck verschaffen.«<sup>30</sup> Darin tue sich »ein nicht unwesentlicher Unterschied kund, der in der Wirkung aber offenbar peripher« bleibe. Denn Grundsätze und Weltanschauung hätten nun einmal das Merkmal an sich, dass sie keine unmittelbar hemmenden Vorschriften präjudizieren, sondern nur im Hintergrund fungieren, als Werte und Kampfinstrumente brauchbar, nicht als politische Leitlinien. Dazu bedürfe es der »Konkretisierung des C«, aber genau dies vermeide man schon der erheblichen Unterschiede wegen.

Wohl seien die religiösen, aus der Bikonfessionalität resultierenden Unterschiede nicht so groß wie die »sozialen Differenzierungen«, so dass sie auch kaum zu »Spannungen Anlass gegeben« hätten; außerdem habe man sie »mittels der Parität ›in kluger Weise‹ entschärft«. Doch bedeute dies eben eine »Entpolitisierung des Christlichen«, das damit »zum Bodensatz einer Partei« abgesunken sei. Die Hinneigung zu einem gemeinsamen *christlichen Grundverständnis* sieht der Autor nicht zuletzt durch die beiden Kirchen verstellt, deren theologisches Selbstverständnis der positiven Bezugnahme auf das Christentum durch eine politische Partei feste Grenzen ziehe.

Angesichts dieser theologisch-kirchlichen Befunde sieht Narr einer eigenständigen politischen Theorie der Christlichen Demokratie den Weg versperrt. Das Selbstverständnis der CDU und ihrer Programmatik als einer auf dem »Christentum« aufbauenden Partei, wie es etwa das Programm der CDU für die britische Zone 1946 ausweist, wird von dem Politologen nicht näher in Betracht gezogen. Ignoriert wird damit aber auch der Umstand, dass Konrad Adenauer in den von ihm weithin selbst formulierten frühen Programmen und Programmreden der CDU das *Christentum* aus konfessionell-kirchlichen Bezügen gelöst und als eine geistig-sittlich-kulturelle Kraft herausgestellt hat. Dabei formuliert Adenauer eine personalistische Ethik, indem er die Gestaltung für die politische und soziale Ordnung der Verantwortung der Person anheim stellt. Unverkennbar wird damit die Religion bzw. die »christliche Weltanschauung« nicht etwa auf Kirche und theologische Dogmatik beschränkt, sondern vielmehr als ein europäisch-abendländisches, d.h. *kulturchristliches Phänomen* gesehen. So heißt es im Programm von 1946 für die britische Zone: »Die christliche Weltauffassung allein gewährleistet Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person und damit eine wahre und echte Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf, sondern das Leben des einzelnen wie das des Volkes und der Völker tragen und durchdringen soll. Wir betrachten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturel-

---

30 EBD. S. 178.

len Leben unseres Volkes.«<sup>31</sup> Eine weitere Unterscheidung vom kirchlich-doktrinären Verständnis unterstreicht Adenauer beim Naturrechtsgedanken. Würde von der christlichen Sozialdoktrin her das Naturrecht als ein fester Normenbestand angesehen, aus dem die katholische Kirche – zumindest noch bis zum II. Vatikanum (1962–1965) – konkrete politische Forderungen abzuleiten bestrebt war, so identifizierte Adenauer das Naturrecht mit den rechtlichen und sittlichen »Grundlagen der christlich-abendländischen Kultur« und der »christlichen Ethik«. Selbstbewusst entzog damit der CDU-Vorsitzende die sittlichen Grundnormen des Christentums der theologisch-dogmatischen Deutungshoheit, was einen wesentlichen Schritt hin zur Liberalisierung des christlichen Politik- und Sozialverständnisses bedeutete.

Von Narr werden solche Emanzipationsbewegungen des Christlichen in der CDU-Programmatik nicht wahrgenommen. Der Gedanke, dass das Christliche als Ausweis der Programmatik auch und vor allem ein *kulturchristliches* Phänomen darstellt, wird nicht ernstlich erwogen. Vielmehr scheint er das Christliche eher als Reservat der Kirchen anzusehen – eine Vorstellung, die z.B. auch in der Konzeption der bikonfessionell ausgerichteten Sozialethik des Handbuchs der Politischen Akademie Eichholz zumindest durchscheint.<sup>32</sup>

Bei Narr heißt es: »Als ›gemeinchristliche‹ ist die Partei unmöglich und nur durch die gemeinsamen Gegner zu rechtfertigen, als katholische Partei ist sie, angesichts der mehr und mehr anerkannten pluralistischen Gesellschaft, entweder dazu verdammt, bloße kirchliche Interessenpartei zu werden oder aber der Demokratie vom Ansatz her zu widersprechen.« Bei seinem apodiktischen Urteil stützt sich Narr auf theologisch-kirchenamtliche Deutungen christlichen Naturrechts durch Oswald von Nell-Breuning,<sup>33</sup> so dass man meinen könnte, der wissenschaftliche Beobachter wolle das »C« im Parteinamen vor Verwässerung schützen und es allein der Definitionshoheit der Kirchen vorbehalten. So heißt es, dass »sich Strömungen innerhalb der katholischen Theologie und Laienbewegung (gebildet hätten), die das amtskirchliche Verständnis personal wesentlich anreichern wollen und somit zwar nicht zur gleichen, aber doch ähnlich begründeten Konsequenz wie der Protestantismus gelangen« wollten.<sup>34</sup>

Was heißt dies in unserem Zusammenhang? Narr hat das Manuskript seiner Publikation fast zeitgleich mit dem Abschluss des II. Vatikanischen Konzils 1965 beendet. In dessen Dekreten konnten sich genau die Strömungen inner-

---

31 Gedr. in Helmuth PÜTZ (Bearb.), *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949*, Bonn 1975, S. 131.

32 Vgl. die Artikel von Peter HEYDE und Gerhard SCHREEB (wie Anm. 23), S. 51–81, 83–116.

33 Vgl. Oswald VON NELL-BREUNING, *Zur Programmatik christlicher Parteien*, Köln 1946, der einer positiven Bezugnahme auf Christentum oder christliche Ethik durch christliche Parteien kritisch gegenübersteht.

34 W.-D. NARR (wie Anm. 29), S. 178.

halb der katholischen Theologie und Laienbewegung bestätigt sehen, die Narr wegen ihrer Annäherung an den Protestantismus als nicht authentisch in Zweifel zieht. In seinen politik- und gesellschaftsrelevanten Dokumenten hat sich das II. Vatikanum<sup>35</sup> mit dem christlichen Personalismus dem sozialetischen Argumentationsstil angeschlossen, der der vom Protestantismus geprägten Verantwortungsethik ähnelt. Dass dieser Argumentationsstil seit 1965 kirchenamtlich bestätigt wurde, heißt aber nicht, dass es ihn nicht schon vorher gegeben hätte. Vielmehr hat der in den 30er Jahren von dem französischen Philosoph Jacques Maritain in die christliche Sozialethik und die Programmatik der christlichen Parteien eingeführte christliche Personalismus, der ein wichtiges Fundament für die Inkorporierung der Menschenrechte in die christliche Sozialethik darstellte, auch ohne ausdrückliche Bezugnahme auf den Autor im katholischen Nachkriegsdeutschland Verbreitung gefunden. Das bedeutet, dass das Konzil eine liberalkatholische Richtung bestätigt hat, die schon geraume Zeit vorher im politischen Katholizismus anzutreffen war.

Bemerkenswert ist allerdings, wie durch die Art und Weise, in der Narr einer christlich-ethischen und kirchlich-theologischen Legitimierung der CDU-Programmatik den Weg versperrt, das christliche Politikverständnis zu einer defensiven und antiquierten Größe mutiert. Denn obwohl die Union mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die ja eine Entideologisierung des frühen christlich-sozialistischen Anspruchs bedeutete, eine tiefgreifende Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik auf den Weg gebracht hat, erhält das Christliche als Namensbestandteil der Partei und ihrer Programmatik unverkennbar einen negativen Beigeschmack. So heißt es zum »C« im säkularisierten Staat: »Einerseits wollte und will man als politische Partei erscheinen, die den pluralistischen, säkularen Staat akzeptiert, gibt aber den grundsätzlichen Willen zur Verchristlichung nicht nur nicht auf, sondern bewährt sich in hohem Maße als kirchliche Belang-Partei oder, anders ausgedrückt, als Partei, die für kirchliche Interessen in besonderem Maße zugänglich ist. Andererseits will man als christliche Partei erscheinen, insoweit wenigstens, dass man eine ›Ordnung mit Gott‹ und ein ›christliches Deutschland‹ intendiert, war und ist aber nichts anderes als eine konservative, den gesellschaftlichen Zustand bewahrende politische Partei.«

Wohl unterscheidet sich die CDU von der Zentrumsparterie; ähnlich aber sei sie dem Zentrum darin, »dass sie ebenso wie dieses annimmt, auf Grund der Ewigkeitgeltung christlicher Grundsätze keiner Programmatik zu bedürfen; eine solche wird als Ideologie abgetan. Eine Realpolitik, d.h. eine Politik der

---

35 Vgl. Wolfgang OCKENFELS, Art. »Vatikanum II«, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 21), S. 671f.

anfallenden Tagesaufgaben ohne greifbare Richtlinien, wurde (und wird) als die neue Möglichkeit der christlichen Partei begriffen. Christlich insofern, als irgendwo die Gesinnung mit einem christlichen Haken verankert ist. Das Paradoxon entstand, dass die im ›Ewigen‹ gegründete politische Partei, da sie keine ›middle axioms‹, keine politische Theorie ›of the middle range‹ besaß, zur Partei der politischen Empirie schlechthin wurde und diese noch christlich verabsolutierte. – So erscheint die CDU als eine politische Partei auf dem Boden der Demokratie, christlich fermentiert, mit einer verborgenen, gar antidemokratischen Tendenz zum christlich-autoritären, zum christlich-exklusiven Staat.«<sup>36</sup>

Bemerkenswert sind hierbei weniger die Bewertungen selbst als vielmehr deren Herleitung: Das Bild der CDU als konservativer Partei resultiert bei Narr fast ausschließlich aus ideologischen Überlegungen, so dass die Christliche Demokratie in der Bundesrepublik gar in eine geistige Nähe zum alten Zentrum und ihren konfessionalistisch-kirchlichen Engführungen rückt. Zweifellos kann der Parteienanalytiker für seine Behauptungen gute Belege anzuführen. In der Tat wurde »das C-Element« von einzelnen Pfarrern und Politikern in etwas vordergründiger Weise immer wieder als Wahlhilfe benutzt und das Christentum in kirchennaher Version als Integrationsfaktor geschätzt, wobei es mitunter in eine befremdliche Spannung zur pluralistischen Demokratie geriet. So gab es durchaus auch sich christlich verstehende Politiker und einzelne Kirchenvertreter, die die Religion integralistisch verstanden, der »Verchristlichung« von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur das Wort redeten<sup>37</sup> und in den Unionsparteien verlängerte Arme der Kirchen zu erblicken glaubten. Aber darf dies zwangsläufig zu einer solchen Gesamtbewertung führen? Ist es redlich, Teile des christlich-demokratischen und -sozialen Spektrums für das Ganze zu halten?

Das von Narr gezeichnete Bild der CDU als einer Partei, deren Konservatismus sich vor allem ihrer christlichen und kirchlichen Prägungen verdanke, finden sich in vier weiteren Arbeiten aus den Jahren 1971/72. Die wohl nachhaltigsten Eindrücke hinterließen die Studien von Martin Greiffenhagen und Helga Grebing, beide 1971, die sich in ihren Methoden und Ergebnissen ähneln. Für Greiffenhagen bietet vor allem der »katholische Konservatismus ... reiches Anschauungsmaterial« für die These, dass die frühe Bundesrepublik unter der Führung der christlichen Parteien CDU und CSU ein Restaurationsprogramm verfolgt habe. Die katholische Naturrechtslehre mit ihrer Ontologie

---

36 W.-D. NARR (wie Anm. 29), S. 180f.

37 Eberhard WELTY, *Die Entscheidung in die Zukunft. Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum*, Köln 1946, spricht z.B. von der »christlichen Gesamtlebensordnung«.

habe das theoretische Fundament für dieses Restaurationsprogramm geliefert,<sup>38</sup> wie es vor allem von Unionspolitikern vertreten worden sei.

Sicherlich ist die »Naturrechtsrenaissance« nach 1945 ein Faktum der Zeit- und Parteiengeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Zur wissenschaftlichen Verifizierung dieser These müsste man aber untersuchen, was denn die jeweiligen Protagonisten eines (christlichen) Naturrechts genauer meinen, wo und in welcher Weise sie mit ihren Ideen Spuren hinterlassen haben.<sup>39</sup> Auch das christliche Naturrecht konnte konservativ, genau so gut aber auch liberal interpretiert werden;<sup>40</sup> man konnte ins Zentrum den Gedanken des Gemeinwohls und »staatlicher Verantwortung« für Recht und Ordnung rücken, man konnte aber auch mit dem christlichen Naturrecht personaethische Normen wie die Personwürde und die Verantwortung des einzelnen verbinden, wie es Jacques Maritain – unter Bezugnahme auf Thomas von Aquin – getan hat.<sup>41</sup> Immerhin konzedierte Narr ansatzweise ein liberalkatholisches Denken, auch wenn er es nicht in seine Untersuchungen einbezogen hat. Greiffenhagen hingegen zeichnet nur sehr schematische Züge des »christlichen Konservatismus katholischer Provenienz« dessen Naturrechtsverständnis er dem gesamten Katholizismus unterstellt. Das anthropologische Grundverständnis und das Staatsbild des Konservativen, so heißt es, seien von der »durchgängigen ›Gefährlichkeit‹ des Menschen« geprägt. »Der Mensch ist primär kein Vernunft-, sondern ein Sinnenwesen, das seinen Trieben lebt und deshalb in Zucht genommen werden muss.« Im übrigen führe »die pessimistische Anthropologie des Konservatismus ... ihn zu einer radikalen Unterscheidung von Moral und Politik«. <sup>42</sup> Als weitere Charakteristika nennt er die »organische Staatstheorie«<sup>43</sup>, die Grundoptionen wie »ständische Bindung und ›ewige Werte‹« sowie »konstante Menschennatur«. Aber Greiffenhagen vertieft seine Thesen

---

38 Martin GREIFFENHAGEN, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1986, S. 273, 309f. Die Gruppe um *Das Neue Abendland* wird – unter Verweis auf Helga Grebing – als repräsentativ für den »katholischen Konservatismus« angeführt, der mit seiner »Ontologie ... der älteren Naturrechtslehre« die Grundlage für die »konservative Theorie« geliefert habe.

39 Für einzelne Bereiche ist der Einfluss des Naturrechts nach 1945 gut belegt; vgl. Anton RAUSCHER (Hg.), *Katholizismus, Rechtsethik und Demokratiediskussion 1945-1963*, Paderborn 1981. Der Band enthält auch einen Beitrag zur evangelischen Rechtsethik nach 1945. Die kritische Stellung weiter Kreise des Protestantismus zum Naturrecht kommt deutlich zum Vorschein bei Hermann EHLERS, *Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954*, hg. v. Karl Dietrich ERDMANN, Boppard 1991, S. 327.

40 Vgl. die Artikel »Christlicher Humanismus«, »Christliches Menschenbild« und »Naturrecht« von Peter WALTER, Alois BAUMGARTNER und Rudolf UERTZ in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 21), S. 475f., 478f., 601f.

41 Vgl. Jacques MARITAIN, *Christlicher Humanismus. Politische und geistige Fragen einer neuen Christenheit* (Original: *Humanisme intégral. Problèmes temporels et spirituels d'une nouvelle Chrétienté*, Paris 1936), Heidelberg 1950.

42 M. GREIFFENHAGEN (wie Anm. 38), S. 270f.

43 EBD. S. 202.



nicht und verweist stattdessen auf die detailliertere Studie von Helga Grebing. Jedenfalls betreffen seine theologisch-anthropologischen Befunde lediglich den augustinisch orientierten Protestantismus, nicht aber das thomasisch gefärbte katholische Naturrechtsdenken, dessen Erkenntnislehre realistisch oder gar optimistisch ist.<sup>44</sup>

Bei Grebing finden sich nun in der Tat zahlreiche Belege für eine aus der katholischen Naturrechts- und Soziallehre abgeleitete Konservativstheorie mit starkem traditionalistischen Einschlag. Die Grundthese dieser Studie schließt sich unmittelbar dem Urteil von Walter Dirks an. Es gehe um die »Kontinuität der deutschen Geschichte. Tatsächlich ... ist diese Diskussion nie unterbrochen worden. Der ›restaurative Charakter der Epoche‹, dessen Kennzeichen das Wiederanknüpfen aller politischen Kräfte an die Zeit vor Hitler und der Versuch der Wiederherstellung der aus dieser Zeit stammenden Positionen, Rechte und Besitzstände waren, begünstigte auch die Bemühungen um eine ›Rekonstruktion‹ konservativer Haltungen vor Hitler. Das günstige Klima für solche Bemühungen wurde noch dadurch verbessert, dass Widerstand gegen den Nationalsozialismus für identisch gehalten wurde mit Option für Demokratie, und alsbald der Antikommunismus die Reflexion über die Grundlagen einer postfaschistischen deutschen Demokratie ersetzte.«<sup>45</sup>

Nach Helga Grebing sind letztlich alle gesellschaftlichen Kräfte nach 1945 konservativ eingestellt; denn die Behauptung, dass es sich um eine »Wiederherstellung der ... Positionen, Rechte und Besitzstände« aus der »Zeit vor Hitler« gehandelt habe, lässt als gangbare Alternative nur den Schluss zu, dass die »fortschrittliche Alternative« nur die Position gewesen wäre, die radikal neu, bisher empirisch unerprobt gewesen wäre. Nachdem die nationalsozialistische Revolution so furchtbar zusammengebrochen ist, kann die »*versäumte Reform*« bzw. die ausgeschlagene Chance einer *umfassenden Gesellschaftsreform* letztlich nur die sozialistische Position sein, die ja auch bei Walter Dirks im Hintergrund wirkt.<sup>46</sup>

Die – wie immer im einzelnen motivierte – Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik (vgl. A. Schildt, H.-P. Schwarz), die Ausdehnung und Sicherung liberaler und sozialer Grundrechte, der Ausbau sozi-

---

44 Zu den konfessionspezifischen Differenzen von Katholizismus und Protestantismus in der CDU-Programmatik vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981, S. 50, 119.

45 Helga GREBING, *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1971, S. 16; vgl. Walter DIRKS, *Der restaurative Charakter der Epoche*, in: *Frankfurter Hefte* 5 (1950), S. 942ff.

46 Eine ähnliche These vertrat auch Otto Heinrich VON DER GABLENTZ in seiner Studie, *Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik*, Köln 1960.

alstaatlicher und sozialpolitischer Leistungen, an denen ja nicht zuletzt auch die christliche Soziallehre, kirchliche Verbände und die Sozialausschüsse der Union in hohem Maße beteiligt waren – Leistungen, wie sie kein sozialistisches System je zu zeitigen vermocht hatte, werden von Grebing ebenso ausgeklammert wie die Positionen des politischen Liberalismus, der nach 1945 praktisch von allen Parteien der Mitte vertreten wurde.

So unterscheiden sich für Grebing die dargestellten programmatischen Positionen letztlich nur durch ihren Grad an Rückwärtsgewandtheit. In einer Art Stufenmodell werden kapitelweise die konservativen Ideenkreise der christlichen Parteien dargestellt, die von einem Ultrakonservatismus und Traditionalismus christlicher Kreise über »ontologisch-normative Ordnung« bzw. Ordnungsideen, vor allem katholisch-kirchlicher Ideen (katholische Soziallehre) bis hin zu einem technisch-säkular geprägten Konservatismus reichen. Die Vertreter des liberalen Wirtschaftsflügels der CDU und CSU z.B. werden nicht als Ordo- oder Neoliberale tituliert; vielmehr spricht Grebing vom »Ordo des Kapitalismus«. Der Kapitalismus aber lässt sich für Grebing nicht erneuern, sondern entstammt vielmehr Positionen aus der Zeit vor 1933.<sup>47</sup>

Wesentlich für diese Parteiencharakterisierung ist die Synthese von Konservatismus und Christentum. Obwohl die Autorin in anderen Untersuchungen einräumt, dass das Christentum bzw. christliche Sozialideen keineswegs bloß traditionalistisch orientiert sein müssen, sondern sehr wohl, etwa bei den sozialreformerischen Kräften innerhalb der Union zu linken Parteiprogrammen geführt haben,<sup>48</sup> ignoriert sie alle liberalkatholischen und christlich-sozialen Grundsätze und Programme. Wohl kann die Autorin für alle Behauptungen Belege anführen, aber man muss kritisch zurückfragen, wieweit Vorschläge und Forderungen einzelner Personen und Gruppen für die CDU und CSU als Ganzes gelten können. So hat etwa die Gruppe um das *Neue Abendland* nur eine Randexistenz innerhalb der Unionsparteien geführt und schließlich nach 1956 in ihren öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen von traditionalisti-

---

47 Panajotis KONDYLIS, *Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang*, Stuttgart 1986, S. 37, bemerkt, dass für Grebing Konservatismus und Kapitalismus schon seit Marwitz und Gentz ursprünglich miteinander verwachsen seien, »so dass der bis heute herrschende bürgerliche Liberalismus nur konservativ bzw. reaktionär sein könne .... Die These Grebings ist nichts anderes als die Projektion der erwähnten linken Interpretation des nationalsozialistischen Phänomens bis in die ferne Vergangenheit hinein. Die historische Bildung der Autorin lässt übrigens viel zu wünschen übrig.« Als Belegstellen vgl. Helga GREBING (wie Anm. 45), S. 35, 38, 45, 47; DIES., *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik*, Stuttgart 1974, S. 23ff., 32f.

48 Vgl. z.B. Helga GREBING, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick*, München 1966.

schen Vorstellungen Abstand genommen.<sup>49</sup> Anders verhält es sich bezüglich des Kapitels über die christliche Soziallehre. Selbstredend hat diese wesentliche Einflüsse auf die Programmatik und Politik der Unionsparteien, vor allem der Gründungs- und Konsolidierungsphase genommen. Auch die Grundthese, dass nach 1945 eine Naturrechtsrenaissance stattgefunden habe, ist nicht zu beanstanden. Aber man wird die Naturrechtsexegese der führenden katholischen Sozialethiker nicht ohne weiteres als programmatische Leitlinien der Union ansehen können, deren Verfassungs-, Rechts- und Staatsideen ungeachtet prinzipieller Übereinstimmungen in der Frage der Würde und Freiheit der Person hinsichtlich der theoretischen Begründung wie auch inhaltlicher Fragen abwichen.

Hinsichtlich der Bewertungen von Narr, Greiffenhagen und Grebing stellt sich eine einfache Gegenfrage: Wie sind die Positionen etwa der Protestanten innerhalb der Unionsparteien zu kennzeichnen? Folgten diese ohne weiteres den vorgestellten »katholischen« Ideen? Die genannten Verlegenheiten finden sich auch bei Volker Otto. In seiner Studie über das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rats 1948/49 konzediert er wohl, dass seine Typisierung »nicht eindeutig« sei und Einzeluntersuchungen noch ausstünden. Bemerkenswerterweise sieht der Autor das Naturrecht keineswegs in den spezifisch konfessionellen Engführungen, wie sie oben vorgestellt wurden, vielmehr erkennt er in diesem Begriff eine allgemeine Gegenposition zum Rechtspositivismus der Weimarer Staatslehre, den zu überwinden ein Anliegen praktisch aller Mitglieder des Parlamentarischen Rats gewesen sei. Ja, das Naturrecht versteht Otto durchaus in einem liberalen rechtsphilosophischen Sinn als »Betonung individueller Freiheitsrechte«.

Zu näheren Charakterisierung der CDU/CSU-Mitglieder heißt es: »Die christlich-konservativen Ratsmitglieder vertraten eine betont an der katholischen Staatslehre ausgerichtete Staatsauffassung, die sich als Teil der katholischen Soziallehre verstand: Subsidiarismus und Solidaritätsprinzip bestimmten die vom christlich-neothomistischen Naturrecht her begründete Vorstellung vom Staat als Organismus.«<sup>50</sup> Was Otto an Differenzierungen bezüglich des Naturrechts einführt, verliert er jedoch wieder mit seiner Charakterisierung der Staatsvorstellungen der CDU/CSU-Fraktion. Zweifellos lassen sich bei

---

49 Konrad Adenauer und andere Mitglieder des Vorstands der CDU haben keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die Vorstellungen der »Abendländischen Akademie« ablehnten; vgl. Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957*, S. 570f.; DERS. (Bearb.), *Adenauer: »Um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, S. 25 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16, 24), Düsseldorf 1990, 1994.

50 Volker OTTO, *Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1971, S. 211.

einzelnen Mitgliedern, wie etwa bei dem CSU-Abgeordneten Gerhard Kroll, organisch-ständische oder gar ständestaatliche Vorstellungen nachweisen.<sup>51</sup> Aber fragwürdig ist es, wenn man die sozialphilosophischen Begründungen einzelner Abgeordneter oder Gruppierungen des Parlamentarischen Rates als Gesamtbild der CDU und CSU heranzieht, auch wenn etwa Politiker wie Adolf Süsterhenn, der wichtigste Vertreter der CDU im Parlamentarischen Rat neben Konrad Adenauer, mit seinen Ausführungen genau das zu belegen scheint, was Otto als Gesamtcharakteristikum zeichnet. So spricht etwa Süsterhenn vom »gegliederten Organismus und der Fülle von Lebensgemeinschaften eigenen Rechts«, dem Staat als Wahrer des Gesamtwohls und dem subsidiären Staatsaufbau und verweist wiederholt auf Thomas von Aquin und das neothomistische Naturrechtsdenken, dem gemäß »das Volk der naturrechtliche Träger der Staatsgewalt ist« und diese »also wesenhaft beim Volke liegt«. <sup>52</sup>

Das Problem, das dieser Art von Konservatismusdarstellung zugrunde liegt, ist grundsätzlicher Art. Die Autoren interpretieren Texte von katholischen Unionspolitikern sowie Verfassern von Parteiverlautbarungen, die gedanklich und sprachlich an die katholische Staats- und Soziallehre angelehnt sind. Analysiert man diese Texte näher, so lassen sich ihre Ideen über die päpstlichen Enzykliken zurückverfolgen bis zur mittelalterlichen Scholastik, der etwa der bei Süsterhenn belegte Gedanke des *Volkes als dem ursprünglichen Träger der Gewalt* entstammt.<sup>53</sup> Demgegenüber ist die moderne, säkulare Demokratietheorie und Volkssouveränitätslehre weniger philosophisch, sondern eher pragmatisch begründet.<sup>54</sup> Ein weiteres Problem kommt hinzu: Katholische und evangelische Kirche waren lange Zeit defensiv eingestellt gegenüber dem liberalen Rechtsstaat, der Demokratie und der liberalen Grundrechtsordnung. Man wird in der Tat darauf verweisen können, dass das Naturrecht von Teilen des Katholizismus, näherhin der Amtskirche, als Bezugspunkt einer Kritik am liberalen Verfassungsstaat aufgefasst wurde.

Ähnlich wie Helga Grebing stützt sich auch Gerhard Kraiker in seiner Arbeit »Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse« auf

---

51 EBD. S. 212, verweist u.a. auch auf die Kritik des Staats- und Völkerrechtlers von der Heydte, der den Parlamentarischen Rat beschuldigt hat, dieser habe »Christentum und Staatlichkeit der Länder« angegriffen; Friedrich August VON DER HEYDTE, *Das Weiß-Blau-Buch zur deutschen Bundesverfassung und zu den Angriffen auf Christentum und Staatlichkeit der Länder*, Regensburg 1948.

52 V. OTTO (wie Anm. 50), S. 199; vgl. Adolf SÜSTERHENN, *Parlamentarischer Rat*, 2. Sitzung vom 8.9.1948, S. 18, 22.

53 Vgl. A. SÜSTERHENN (wie Anm. 52), S. 18, 22.

54 Vgl. Peter GRAF KIELMANSEGG, *Volkssouveränität. Eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität*, Stuttgart 1994. Zur Entwicklung des Legitimitätsgedankens im katholischen Staatsdenken und in der Christlichen Demokratie vgl. Rudolf UERTZ, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanum*, Paderborn (voraussichtlich 2003).

den Umstand, dass Programmaussagen, Reden und Verlautbarungen der CDU und CSU oft an die sozialetischen Dokumente der katholischen Kirche angelehnt sind.<sup>55</sup> Die Naturrechtsrenaissance nach 1945 wird damit zum entscheidenden Beleg der angeblichen Restaurationspolitik der christlich-konservativen Parteien nach 1945; dieser Programmatik, so heißt es, seien auch die evangelischen Unionspolitiker gefolgt.<sup>56</sup>

Gegen solche Einseitigkeiten und Pauschalurteile hat Hartmut Jäckel schon bei der Besprechung der Arbeit von Wolf-Dieter Narr »CDU – SPD«<sup>57</sup> Bedenken angemeldet. Das »Bild der CDU dürfte um einiges zu grell, zu plakatahaft ausgefallen sein .... Hier wird, fürchte ich, ein Teil für das Ganze gesetzt, nämlich die katholische Provinz (im Doppelsinn des Wortes) für die Masse einer Wohlstandsbürger- und -wählerschaft, die die Qualitäten des ›alten Fuchses‹ wohl doch nüchterner einzuschätzen wusste. Sie hat ihm zeit seines Amtes beifälligen Respekt gezollt, aber in ihm gewiss keinen Heiligen gesehen. Wäre Adenauer wirklich ›innerhalb und teilweise auch außerhalb‹ der CDU die ›nahezu übermenschliche Fei ergestalt‹ gewesen, als die Narr ihn referierend zeichnet – wie hat man sich dann, beispielsweise, zu erklären, dass sich ein solcher Gigant nicht einmal bei der Bestimmung seines unmittelbaren Nachfolgers durchzusetzen vermochte, dass seine Kassandrarufo von der eigenen Partei ungerührt in den Wind geschlagen wurden?«<sup>58</sup>

#### Kriterien zur Charakterisierung der Christlichen Demokratie

Als Zwischenergebnis lässt sich festhalten: Alle vorgestellten Autoren haben ihr Konservatismusbild der CDU und der Politik der frühen Bundesrepublik

<sup>55</sup> Gerhard KRAIKER, *Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse*, Stuttgart 1972, S. 78.

<sup>56</sup> Immerhin bemerkt Gerhard KRAIKER, EBD. S. 77, »dass spezifisch autoritäre Elemente der katholischen Staatstheorie und eines von ihr geprägten autoritären Demokratiebegriffs nach 1945 zwar publizistische Verbreitung fanden, für die politisch-staatliche Neuordnungskonzeption der CDU/CSU jedoch nicht maßgeblich waren«; in der Anm. 130, S. 163, konzediert Kraiker bei der Behandlung des Grundgesetzes, dem er wesentliche Einflüsse durch die CDU und CSU zumisst, dass seine Grundthese, wonach das Naturrecht doch die Restauration der Bundesrepublik eingeleitet habe, im Widerspruch steht zum personalen Naturrechtsverständnis des Grundgesetzes. So heißt es: »Von dieser Feststellung (»spezifisch autoritäre Elemente der katholischen Staatstheorie und eines von ihr her geprägten autoritären Demokratiebegriffs nach 1945«) auszunehmen ist die – freilich nicht generelle, sondern jeweils bestimmte – Beschränkung der Volkssouveränität durch Verankerung von Naturrechten als Grundrechte im Grundgesetz und in Länderverfassungen.«

<sup>57</sup> W.-D. NARR (wie Anm. 29), S. 169, der in diesem Zusammenhang auch das berühmte Wort von Gustav Heinemann im Bundestag am 23.01.1958 zitiert: »Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben«; Sten. Ber. 3 WP, Bd. 39, S. 404.

<sup>58</sup> Hartmut JÄCKEL, *Konsens statt Konflikt. Schon vor der Großen Koalition wurden Programme und Methoden einander ähnlich*, in: *Die Zeit* v. 17. November 1967.

vornehmlich an bestimmten Positionen der katholischen Soziallehre festgemacht. Dabei konzentrierte man sich besonders auf die Positionen von Vertretern der *Abendländischen Akademie* in München und Eichstätt sowie von Repräsentanten der christlichen Staatslehre nach 1945. Zum entscheidenden Beleg avancierte dabei der Naturrechtsbegriff. Dieser wurde einseitig im Sinne kirchlich-theologischer Positionen interpretiert und den Unionsparteien in ihrer Ganzheit unterstellt. Dieser Interpretation ist entgegenzuhalten, dass Gustav Gundlach, Oswald von Nell-Breuning und Johannes Messner, um nur die wichtigsten zu nennen, als Theologen und Sozialethiker nun einmal keine Repräsentanten der Unionsparteien waren und auch nicht als deren Vordenker anzusehen sind.<sup>59</sup> Allein schon die Tatsache, dass sich die genannten Theologen distanziert und gar betont kritisch zum »christlichen Menschenbild« bzw. »christlichen Humanismus« als positivem Bezugspunkt christlich-demokratischer Programmatik äußern, lässt eine deutliche Spannung von Christlicher Demokratie und christlicher Soziallehre nach 1945 erkennen, die sich im Laufe der Zeit gar noch weiter auseinanderentwickelt haben. Die Vielfalt von Interpretationen, die das Naturrecht – ungeachtet kirchenoffizieller Normen – schon nach 1945 selbst innerhalb der katholischen Theologie und Sozialethik fand, werden von den genannten Autoren ignoriert.

Hans-Peter Schwarz bemerkt: Es gibt »auch 1945 nicht *die* moderne katholische Soziallehre, sondern mindestens zwei erkennbar verschiedene Ansätze. Der erste, an dem sich auch die Dominikaner in Walberberg orientierten, geht auf Thomas von Aquin zurück und stellt die Gemeinschaft über das Individuum. Die Theoretiker dieser Richtung sind davon überzeugt, dass sich aus sozialphilosophischen Grundsätzen über das Gemeinwohl vergleichsweise präzise ordnungspolitische Handlungsanweisungen ableiten lassen. Demgegenüber zweifelt die eher liberale Denkschule, deren Vorstellungen in der Enzyklika »Quadragesimo Anno« 1931 stark durchgeschlagen haben, grundsätzlich daran, ob die Prinzipien der Gesellschaft mehr sein können als Regulative, innerhalb derer die Politik über erheblichen Gestaltungsspielraum verfügt. Es sind damals vor allem die Jesuiten, die sich stärker an dem personal-individualistischen Staats- und Gesellschaftsverständnis orientieren. Dieser zweiten Denkschule ist auch Adenauer zuzuordnen.«<sup>60</sup>

Diese Charakterisierung bedeutet nicht, dass Adenauer im theologisch-schulmäßigen Sinne der Morallehre der Jesuiten gefolgt wäre. Vielmehr gibt es neben dieser Doktrin auch eine weitere liberale, personal-individualistische

---

<sup>59</sup> Anders verhält es sich mit dem Dominikaner Eberhard Welty, der aber sozialreformistische Grundsätze vertrat und somit – zumindest für den gesellschaftspolitischen Bereich – nach der gängigen Charakterisierung mit seinem christlichen Sozialismus kaum als Konservativer gelten kann.

<sup>60</sup> Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 495f.

Staats- und Gesellschaftstheorie, wie sie vor allem von Laien vertreten wird. So heißt es bei Schwarz: Dass Adenauers »theoretischer Ansatz philosophisch reflektiert ist, mag bezweifelt werden. Aber er wurzelt in existentieller Erfahrung. Wie in allen christlich-demokratischen Programmen des Jahres 1945« wirkt auch im Entwurf des Programms für die CDU der britischen Zone »noch das Entsetzen über den totalitären Staat nach, der eben zusammengebrochen ist. Daraus ergibt sich für den künftigen Staats- und Gesellschaftsaufbau als zwingende Ausgangsidee der Primat der Grundrechte.«<sup>61</sup>

Eine christliche Sozialethik, die den Primat der Grundrechte zu ihrem Ausgangspunkt erhebt, hat die katholische Kirche erst mit der Soziallehre Johannes XXIII.<sup>62</sup> und des II. Vatikanischen Konzils anerkannt. Mit dieser sozialetischen Neubesinnung seit 1961 wird der bis dahin dominierenden neuscholastischen Naturrechtslehre, dem sog. *christlichen Solidarismus*, der Grund entzogen und einer personalistischen Ethik der Boden bereitet. Das bedeutet nun aber keineswegs, dass nicht schon geraume Zeit zuvor Christen bzw. Katholiken einen *christlichen Personalismus* vertreten haben. Neben Frankreich wurde der christliche Personalismus bzw. Humanismus – wenngleich weniger intensiv – auch in Deutschland nach 1945 von verschiedenen Theologen und Philosophen gepflegt, wobei auch der Existenzialismus eine personalistische Ethik vertreten hat.<sup>63</sup> Das christliche Menschenbild, so formuliert es Alexander Schwan, enthält neben existentiellen Unterschieden »zugleich akzidentelle Berührungspunkte zur humanistischen Anthropozentrik ... Doch ist auch das christliche Menschenbild<sup>64</sup> nicht bloße Theorie, sondern die Grundlage der Selbstverständigung und des Weltverhaltens der Christen. Dieses Menschenbild und sein Verhältnis zum philosophischen Humanismus bestimmen daher die Frage mit, welche Art der ›Unterscheidung des Christlichen‹ (*Romano Guardini*), aber auch der Kooperation mit Menschen anderer Überzeugung den Christen in der modernen Lebenswelt obliegt.«<sup>65</sup>

### Christlicher Personalismus als Grundlage Christlicher Demokratie

Es also naheliegend, auch die programmatisch-theoretische Position der Christlich-Demokratischen Union seit Konrad Adenauers Wiedereintritt in die

61 EBD.

62 Vgl. Rainer BARZEL, »*Mater et Magistra*« und praktische Politik. Ein Diskussionsbeitrag aus dem politischen Alltag, Osnabrück 1962.

63 Vgl. Max MÜLLER/Alois HALDER, Art. »Person« (I), in: *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft*, Bd. 6, Freiburg <sup>6</sup>1961, Sp. 197–206.

64 Vgl. Alois BAUMGARTNER, Art. »Christliches Menschenbild«, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 21), S. 478f.

65 Alexander SCHWAN, *Humanismen und Christentum*, in: *Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft*, hg. von Franz BÖCKLE u.a., Bd. 19, S. 52.

Politik 1946 dem christlichen Personalismus zuzurechnen. Nur auf diesem verantwortungsethischen Fundament war eine gemeinsame Programmatik und Politik von Katholiken, Protestanten und Andersgläubigen möglich.<sup>66</sup> Die christliche Anthropologie und Ethik ist mit ihrer Wertordnung und ihren prinzipiellen Betrachtungen von Mensch, Familie, Arbeit, Gesellschaft, Macht, Recht und Staat annehmbar auch für diejenigen, die die tieferen theologischen Bezüge des Christentums für sich nicht anerkennen können. Hat die CDU als politische Partei auch historisch und ideengeschichtlich selbstredend eine Nähe zur katholischen und zur evangelischen Kirche, so ist sie weder ein Ausführungsorgan oder ein verlängerter Arm der Kirchen, noch ist ihre politische Theorie und Programmatik unmittelbar abgeleitet aus theologisch-philosophischen Prinzipien. Der Kern dieser personalen Ethik ist die – im Vergleich zur herkömmlichen neuscholastisch-naturrechtlichen Ethik – wesentlich größere Aufgeschlossenheit gegenüber der Person und dem subjektiven Ermessensspielraum des einzelnen (*Grundvertrauen*), seiner Handlungsdisposition (Freiheit) und seiner Entscheidung (*Verantwortung*) angesichts konkreter Umstandsbedingungen (*u.a. Interessen*). Bezogen auf Moral und Recht bedeutet dies, dass Grundwerte und Normen nie bis ins Einzelne Vorgaben oder Handlungsanleitungen sein können, sondern dass vielmehr Normen artifizielle Gebilde sind, die es ermöglichen eine sozial verträgliche und befriedende Ordnung zu konzipieren, die jedoch entsprechend den sich wandelnden Bedingungen anpassungsfähig sein muss. Dies bedeutet keineswegs eine Beliebigkeit oder Willkür, vielmehr bedeutet die Verantwortungsethik gemäß dem Grundsatz der Epikie, dass z.B. in Fällen, in denen formale Gerechtigkeit gegen die Vernunft steht, es widersinnig wäre, etwa einer Buchstabenerfüllung zu frönen.<sup>67</sup>

Dass die personalistische Grundhaltung der Christlichen Demokratie nach 1945 in der Geschichts- und Sozialwissenschaft wenig beleuchtet wurde, mag mit zwei Umständen zusammenhängen. Zum einen ist darauf zu verweisen, dass erst etwa seit Mitte der 1960er Jahre sich vor allem in der Politik- und Rechtswissenschaft einzelne Wissenschaftler eingehend mit den politik- und rechtstheoretischen Grundlagen christlichen Denkens befasst haben – Unter-

---

66 In Deutschland vertraten christlich-personalistische Ideen die Theologen und Philosophen Romano Guardini, Albert und Alfons Auer, Werner Schöllgen, Theodor Steinbüchel und Max Müller. Die wichtigsten Schriften von Jacques Maritain wurden wohl ins Deutsche übersetzt; seine Rezeption aber verlief in Deutschland schleppend; vgl. Heinz HÜRTE, *Der Einfluss Jacques Maritains auf das politische Denken in Deutschland*, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 26 (1985), S. 213ff.; DERS. *Normative Orientierung christlicher Parteien. Eine historische Betrachtung*, in: *Stimmen der Zeit* 208 (1990), S. 407ff.; Sergio BELARDINELLI, *Die politische Philosophie des christlichen Personalismus*, in: Karl GRAF BALLESTREM/Henning OTTMANN (Hg.) *Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts*, München 1990, S. 243–262.

67 Zum Verhältnis von Verantwortungsethik, Gewissensfreiheit und Epikie vgl. Wilhelm KORFF, *Norm und Gewissensfreiheit*, in: DERS. *Wie kann der Mensch glücken? Perspektiven der Ethik*, München 1985, S. 84ff.



suchungen, die erst die Voraussetzung bilden, den christlich-demokratischen und -sozialen Ideenkreis, der vom Konservatismus deutlich unterschieden werden muss, eingehender zu analysieren. Zum anderen ist zu bedenken, dass die Unionsparteien quantitativ relativ wenige programmatische Aussagen zu ihren politiktheoretischen und staatsrechtlichen Ausrichtung aufzuweisen haben. Im wesentlichen sind dies die bereits vorgestellten Äußerungen Konrad Adenauers, näherhin das Programm der CDU für die britische Zone 1946 und die großen Programmreden des Vorsitzenden der Zonenpartei aus den Jahren 1946 bis 1949 sowie Äußerungen einzelner Persönlichkeiten wie etwa Ehlers und Gerstenmaier zur Verhältnisbestimmung von Christentum und Politik.

Dass die CDU in der Gründungs- und Konsolidierungsphase noch kein ausgefeiltes *Grundsatz*programm ausgearbeitet hat, ist u.a. auch darin begründet, dass eine detailliertere Bestimmung der grundsätzlichen sozialetisch-christlichen Positionen – nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf die Haltung der Kirchen – zum damaligen Zeitpunkt sachlich kaum zu bewältigen gewesen wäre. Zum anderen konnten die CDU-Politiker der Früh- und Konsolidierungsphase von einem christlich-demokratischen Selbstverständnis ausgehen, das auf den programmatischen und politischen Erfahrungen beruhte, die die ehemaligen Zentrumsmitglieder mitbrachten – ein Umstand, der auch von den evangelischen Unionsgründern immer wieder positiv vermerkt wurde.<sup>68</sup> Zu diesen Erfahrungen zählte selbstverständlich auch das Naturrecht, das schon in der Zentrumsprogrammatische ein gutes Stück freier interpretiert wurde als in der kirchlichen Sozialdoktrin. Aus den naturrechtlichen und sozialetischen Grundlagen des Christentums schöpfen die frühen Programme der Unionsparteien und die Grundsatzreden Konrad Adenauers. Freilich stellen die katholische und evangelische Sozialetik keine unmittelbaren Programmvorlagen dar, die es nur umzusetzen gelte; vielmehr enthalten sie ein religiös-ethisch fundiertes Grundwissen von Mensch, Gesellschaft, Staat, Recht und Politik, das Orientierungs- und Handlungswissen für die konkrete Politik im pluralistisch-säkularen Umfeld bietet. Die theoretischen Grundlagen der Christlichen Demokratie sind demnach alles andere als eine bloße Synthese katholischer und evangelischer Sozialetik, sowenig die Unionsparteien als ökumenisches Gebilde anzusehen sind. Sie sind vielmehr Ausdruck einer durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Weltkriegs beförderten ökumenischen Grundhaltung; das theoretische Fundament der Christlichen Demokratie ist somit ein eigenständ-

---

68 Vgl. H. EHLERS (wie Anm. 39), S. 87; Gustav HEINEMANN, *Demokratie und Christliche Kirche. Ein Beitrag zu einer »deutschen Demokratie«* (Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, Heft 9), Köln (1946), S. 7, betont »die reiche politische Tradition des katholischen Volksteiles«, die seit dem Kulturkampf erprobt sei, und eine »gute demokratische Schule«, der gegenüber »der protestantische Volksteil ... in dieser Hinsicht« zurückstehe; vgl. zum »C«: Eugen GERSTENMAIER, *Warum sich die CDU christlich nennt*, in: *Eckart* 28 (1959), S. 100ff.

diges Gebilde, das nicht zuletzt auch auf kulturechristlichen Ideen und Erfahrungen aufruht. Die politische Theorie der Christlichen Demokratie ist entsprechend ein eigenständiges Drittes neben der katholischen und protestantischen Ethik, mit denen sie historisch und systematisch zwar verbunden ist, zugleich aber als politisch-handlungsorientierte Bewegung autonom ist. Dies findet seinen erkennbaren Niederschlag in dem Selbstverständnis, vom christlichen Menschenbild und den Sozialprinzipien der christlichen Ethik her die Menschenrechte zur Grundlage ihres Programms und der Verfassung der Bundesrepublik und der Länder zu machen. Mit dieser Entscheidung war der *christliche Personalismus* der katholischen und evangelischen Sozialethik in politik- und rechtsethischer Hinsicht ein Stück weit voraus.<sup>69</sup>

Die christlich-personalistischen Ideen sind die wesentlichen Grundlagen für die Erfolge der Christlichen Demokratie nach 1945. Sie ermöglichten politisch und parteisozilogisch die Integration der verschiedensten Richtungen und Gruppierungen, die sich in der Union zusammenfanden. Die sozialetischen Prinzipien der Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Gerechtigkeit ermöglichten es, in der Volkspartei soziale, liberale und konservative Kräfte zusammenzuführen. Im Grundsatzprogramm von 1994 heißt es: »Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wurde von Menschen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten.« In ihr haben sich »katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen, aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen« zusammengefunden. »Ihre geistigen und politischen Wurzeln liegen im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime, in der Sozialethik der christlichen Kirchen und in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung.«<sup>70</sup> Im Grundsatzprogramm von 1978 wurden die anthropologischen und sozialetischen Grundlagen und Intentionen der Christlichen Demokratie erstmals in einem CDU-Programm eingehend entfaltet; es sind die Sozialprinzipien der Personalität, der Subsidiarität und Solidarität, die durchgängig die Programmatik der Partei – von ihrer Gründung 1945 an – bestimmen und angesichts der gesellschaftlich-politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik in einem veränderten Kontext interpretiert werden.

Selbstredend gilt, dass kein Theoretiker der Christlichen Demokratie je ein »allgemein anerkanntes und komplettes Ideengerüst« für alle Politikbereiche

---

<sup>69</sup> Zur *Evangelischen Sozialethik* und ihrer Bedeutung für die Christliche Demokratie vgl. Martin HONECKER, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 33–34.

<sup>70</sup> Grundsatzprogramm der CDU vom Februar 1994, Nr. 3.

vorgelegt hätte. Eine solche Vorstellung würde allzu leicht ein »Ableiten in einen unflexiblen Dogmatismus« bedeuten;<sup>71</sup> es wäre daher eine Utopie zu glauben, von einem festen archimedischen Punkt her die Zukunft in allen Einzelheiten planen zu können. Grundsatzfestigkeit in der politischen Programmatik kann entsprechend lediglich ein prinzipielles Ideenraster meinen. Panajotis Kondylis bemerkt, dass die »großen Prinzipien ... Ordnung, Hierarchie, Tradition, Religion etc.« an sich schon stichhaltig seien, »also unabhängig von ihrem Inhalt und ihrem Fehlschlag in der Vergangenheit betrachtet werden können. Durch die bloße Tatsache seiner Durchsetzung hat ja der Liberalismus sehr anschaulich bewiesen, dass das, was die Konservativen im Lichte der Anwendung ihrer großen Prinzipien und Stichworte für unnatürlich schlechthin hielten, doch funktionsfähig war.« Es müssten daher, so folgert Kondylis, »allgemeine Prinzipien und konkrete historische Anwendung derselben voneinander getrennt werden, damit man sich auf die ersteren in der Zeit der geistigen und politischen Not berufen kann. Selbst in Bezug auf die christliche Religion, wo man eine Stabilität der Auffassungen am ehesten vermuten dürfte, ist die Akzentverschiebung unverkennbar und drastisch. Erschien dem historischen Konservativismus das Christentum vornehmlich in der Gestalt der soziale Hierarchien sanktionierenden oder verkörpernden und die sündhaft-anarchische Individualität disziplinierenden Kirche, so bleibt das Christentum der neoliberalen »Konservativen« individualitätsbezogen und personalistisch, es bildet den inneren Glauben und Rückhalt des innerhalb einer freien Marktwirtschaft auf eigene Verantwortung entscheidenden, handelnden und bestehenden Subjekts.«<sup>72</sup>

Für Kondylis hat der neoliberale Konservatismus mit seiner personalistischen und verantwortungsethischen Ausrichtung und der daraus resultierenden Hinwendung zu den liberalen Menschenrechten und der Marktwirtschaftsidee eine Abwendung vom herkömmlichen traditionalistischen Denken demonstriert. Dem alten Konservatismus war eigen, dass er Recht und Stand für gewachsene, nicht gesetzte Größen hielt, so dass neue, bewusst gesetzte Ordnungen nicht möglich schienen. Der konservative Ideenkreis wurde mit Erhaltung, Sicherung und Festigung des Bestehenden und Bewahrenswerten identifiziert. Mit der Hinwendung aber zum christlichen Personalismus wird eine radikale Neuorientierung vollzogen, indem das Recht nicht mehr wie im alten Konservatismus als Vorgabe, als aus der Natur oder dem Volksgeist gewachsene Ordnung gesehen wird. Vielmehr bedeutet unter den prinzipiellen Neuorientierungen das Recht – freilich unter Anerkennung intangibler Grundwerte – die durch willentliche Setzung erfolgte Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. In dieser Hinwendung zum liberalen Verfassungs-, Rechts- und Demokratieverständnis hatte

---

71 Vgl. Hans-Peter FAGAGNINI, *Christlichdemokratische Parteien*, in: *Katholisches Soziallexikon* (wie Anm. 27), Sp. 369–388, hier Sp. 377.

72 P. KONDYLLIS (wie Anm. 47), S. 37ff.

sich am eindringlichsten die Neuformierung des Konservatismus gezeigt. »Vor dem Gespenst des Kollektivismus«, so bemerkt Kondylis, »müssen sich personalistisches Christentum und ein mit christlich->konservativem< Gedankengut geimpfter und daher gemäßigter Liberalismus zusammenschließen.« Diese Form von »Verbürgerlichung, d.h. Personalisierung und Individualisierung des Christentums« stehe damit in einem unüberbrückbaren »Gegensatz zum historischen Konservativismus«. Kondylis erkennt wohl die Neigung christlich-religiöser Legitimitätsmuster, »etablierte Ordnungen als gottgegeben zu respektieren«, verbunden mit »der Überzeugung, christliche Innerlichkeit sei mit einer beliebigen Stellung in der sozialen Hierarchie zufrieden zu stellen, während der extrovertierte ›seichte‹ Nichtchrist, der wurzellos sei, den Typ des rücksichtslos nach oben Strebenden genauso wie den des verwöhnten Konsumenten abgebe«;<sup>73</sup> aber das liberale Christentum vermag eben zu unterscheiden zwischen historisch-kontingenten sozialen Bedingungen und den Sozialprinzipien, die zwangsläufig unter veränderten Bedingungen anders auszulegen sind.

Damit aber streift diese Art konservativen Denkens das Wesensmerkmal des *historischen Konservatismus* ab und öffnet sich den neuen Gegebenheiten, so dass dieser Konservatismus mit dem Altkonservatismus bzw. Traditionalismus sachlich-inhaltlich und formal nichts mehr gemein hat, weswegen Kondylis den neoliberalen »Konservatismus« stets in Anführungszeichen setzt. Ähnlich wie Kondylis spricht Ernst Topitsch von einem »aufgeklärten Konservatismus«; doch ignoriert Topitsch den liberal-katholischen bzw. liberal-christlichen Ansatz.<sup>74</sup> Für ihn ist die *christliche* Argumentation offenbar identisch mit Naturrecht, zu dessen entschiedenen Kritikern Topitsch zählt. Sicher wird man nicht abstreiten können, dass einzelne christliche Politiker und Theologen in den 1930er Jahren vom Naturrecht her eine Brücke zur nationalsozialistischen Weltanschauung konstruierten und nach 1945 »manche katholischen Naturrechtslehrer den heiligen Thomas von Aquin als den eigentlichen Ahnherren der westlichen und zumal amerikanischen Demokratie glaubhaft zu machen« versuchten;<sup>75</sup> doch übersieht Topitsch geflissentlich, dass mit der

73 EBD. S. 39.

74 Zum Spannungsfeld Konservatismus und Rationalismus vgl. Hans BUCHHEIM, *Moderner Konservatismus*, in: Manfred MOLS u.a. (Hg.), *Normative und institutionelle Ordnungsprobleme des modernen Staates. Festschrift zum 65. Geburtstag von Manfred Hättich*, Paderborn 1990, S. 13–23; Nikolaus LOBKOWICZ, *Ist der Christ verpflichtet, konservativ zu sein?*, in: *Die Krise des Westens und der geistige Auftrag Europas*, hg. v. Studienzentrum Weikersheim, Stuttgart 1981, S. 83–103.

75 Ernst TOPITSCH, *Aufgeklärter und unaufgeklärter Konservatismus*, in: *Criticón* 39 (1977), S. 9–13, hier S. 12. – Die Bemühungen von Friedrich ROMIG, *Das Wesen des Konservatismus. Im Lichte der katholischen Soziallehre*, in: *Criticón* 119 (1990), S. 135–139, den Konservatismus als Ausfluss der katholischen Soziallehre zu erklären, ignorieren, dass diese in die verschiedensten Schulen aufgespalten ist und kirchenamtlicherseits mit der personalistischen Ethik seit dem II. Vatikanum (1962–65) eine liberale Theorie grundgelegt hat.

christlichen Sozialethik und der von ihr entfalteten personalistischen bzw. verantwortungsethischen Position sehr wohl die liberale freiheitlich-demokratische und rechtsstaatlich-gewaltenteilige Verfassung begründet werden konnte und in breiten Teilen der Christlichen Demokratie auch begründet wurde.

Was Topitsch und andere Kritiker des Naturrechts nicht bemerkt haben, ist der Umstand, dass mittels der *personalistischen Sichtweise* die traditionellen philosophischen und theologischen Lehrinhalte und Prinzipien neu interpretiert wurden, so dass etwa der Bezug auf Aristoteles oder Thomas von Aquin keineswegs von vornherein eine antiquierte rechts- und sozial-ethische Position bedeuten musste. Die liberale Begründung der Ordnung hat im übrigen in der Philosophie- und Theologiegeschichte eine längere Tradition.<sup>76</sup> Wilhelm Korff bemerkt: »Das vom Gedanken der Gerechtigkeit bewegte, nach Rechtschaffenheit, Billigkeit und Angemessenheit verfahren- de Gewissen stimuliert so eine ganz neue gesellschaftliche Handlungsdynamik. Es wird zum Impulsgeber und Richtmaß *aller* an den ›öffentlichen Dingen‹ Beteiligten. Es bleibt nicht länger Privileg der normsetzenden und -verwaltenden Instanzen, der auf je größere Gerechtigkeit zielenden Tätigkeit des Gesetzgebers«, der Gerichte und der Administration, »sondern es gewinnt darüber hinaus jetzt auch maßgebliche Bedeutung für die Normadressaten selbst. Wahlrecht, Petitionsrecht, Streikrecht, Demonstrationsrecht sind ihrerseits bereits institutionalisierte und das heißt vom Recht selbst her legitimierte Formen des am eigenen und am öffentlichen Wohl vital interessierten, nach Billigkeit und Angemessenheit fragenden und verfahren- den Einzelgewissens. Der einzelne Staatsbürger schaltet sich auf diese Weise in den öffentlichen Prozess der sittlichen Urteilsfindung ein und übt so *mittelbar*, im Falle der Institution der Volksbefragung sogar *unmittelbar* Gestaltungsverantwortung für Normen aus.«<sup>77</sup> Die christliche Sozialethik ist ohne weiteres korrespondenzfähig mit den liberalen Staats-, Rechts- und Gesellschaftsvorstellungen.

Was hat nun die politische Theorie an Typologien zur Darstellung der politischen Ideenkreise anzubieten? Im Hinblick auf die wissenschaftliche Analyse ist die Nachricht für alle, die nach Vereinfachungen suchen, schlecht. Die Drei-Schulen-Lehre wollte ja eine erhöhte Plausibilität durch Vereinfachung und Systematisierung des Ansatzes erreichen. Sie hat damit zweifellos ein Grundgerüst für die politikwissenschaftliche Propädeutik geliefert, das nicht zuletzt auch der Selbstvergewisserung dieser Disziplin in den späten 1960er und den 1970er Jahren diente. Aber damit hat man sich zugleich von den ide-

---

76 Vgl. Hermann KRINGS, *Woher kommt die Moderne? Zur Vorgeschichte der neuzeitlichen Freiheitslehre bei Wilhelm von Ockham*, in: Otl AICHER/Gabriele GREINDL/Wilhelm VOSSENKUHL: *Wilhelm von Ockham. Das Risiko modern zu denken*, München 1987, S. 18ff.

77 Wilhelm KORFF, *Norm und Gewissensfreiheit*, in: DERS. (wie Anm. 66), S. 90.

engeschiedlichen Quellen entfernt.<sup>78</sup> Zutreffend bemerkt Patzelt, dass ein angemessenes politikwissenschaftliches Selbstverständnis von den politisch-sozialen Gegebenheiten auszugehen hat, d.h. »von vornherein multiperspektivisch und theorienpluralistisch« sein muss und »keine Frage- und Forschungstabus«, und keine Berührungsängste mit den verschiedensten Forschungsmethoden kennen darf. Auf die konservativen und christlich-demokratischen Ideenkreise bezogen bedeutet dies, dass die Interdisziplinarität von theologischen, philosophischen und sozialwissenschaftlichen Methoden grundgelegt werden muss.<sup>79</sup>

Für den politischen Tagesgebrauch aber gilt, dass kurze und prägnante Typologien gefragt sind. Die herkömmliche Links-Mitte-Rechts-Unterscheidung ist wohl unausrottbar, weil sie anthropologisch-kulturell vermittelten Konstanten folgt. Allerdings sollte diese eher formale Klassifizierung mit einem Minimum an inhaltlichen Aussagen einhergehen. Die Verbindung von »links« mit *Fortschritt* und »rechts« mit *Tradition* entstammt historischen Momentaufnahmen, die obsolet geworden sind, seit alle politischen demokratischen Bewegungen Menschenrechte und Grundrechte, Demokratie, Gewaltenteilung, Marktwirtschaft einerseits, soziale und sozialstaatliche Sicherungen andererseits prinzipiell anerkennen. Ganz ähnlich kann man schon lange in den etablierten Parteien beobachten, dass Arbeitnehmer, Mittelstand, Unternehmer u.a. Interessengruppen parteiintern Arbeitsgemeinschaften bzw. Flügel gebildet haben. Ein Grundmuster, das zwar nicht allen, aber dem weitaus größten Teil politischer Handlungen zugrunde liegt, folgt der einfachen Frage, ob die politische Entscheidung individualistisch, kollektivistisch oder gruppenorientiert intendiert ist. Der Liberalismus betont die Rolle des Individuums, der Sozialismus die des Kollektivs, der Konservatismus die der Gruppe.<sup>80</sup> Auf die Grundwerte bezogen heißt dies: der Liberalismus steht für die Freiheit (in der Französischen Revolution: *liberté*), der Sozialismus für die Gleichheit (*égalité*;

---

<sup>78</sup> Paul NOACK, *Was ist Politik? Eine Einführung in ihre Wissenschaft*, München 1976, S. 87ff., ergänzt die differenziert gesehene wissenschaftstheoretische Einteilung der politisch-theoretischen Schulen bzw. Methoden um die klassischen politischen Ideenkreise Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus (S. 65ff.).

<sup>79</sup> Vgl. W. J. PATZELT (wie Anm. 18), S. 211; Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Politische Theorie und politische Theologie*, in: Jakob TAUBES (Hg.) *Der Fürst dieser Welt. Carl Schmitt und die Folgen*, München 1985, S. 16ff.

<sup>80</sup> Es war eine besondere Leistung der christlichen Sozialbewegung und des Konservatismus, die durch die Französische Revolution zerschlagenen intermediären Gebilde zwischen Einzelmensch und Staat im Sinne neuer sozialer Formen wiederbelebt zu haben. Seinen Ausdruck findet diese Entwicklung im Subsidiaritätsprinzip; vgl. die Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* (1931), Nr. 78f., in: *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*, mit einer Einführung von Oswald VON NELL-BREUNING, Köln 1977, S. 120f.

modifiziert heute: Gerechtigkeit), der Konservatismus für die Brüderlichkeit (*fraternité*; heute Solidarität).<sup>81</sup>

Diese Dreiteilung korrespondiert – ordnungspolitisch betrachtet – mit den Präferenzen des Liberalismus für die Privatinitiative, des Sozialismus für die staatlich-kollektive Steuerung, des Konservatismus für die verbandliche, genauer die subsidiäre Regulierungsidee (sog. intermediäre Gebilde zwischen Individuum und Kollektiv). Diese Einteilung lässt hinreichend Spielraum für die historischen Reminiszenzen der jeweiligen Ideenkreise, zugleich erlaubt sie eine Weiterentwicklung der Parteienprogrammatisierung. Bemerkenswert ist dabei sicherlich, dass der Konservatismus – ganz, wie es die Geschichte des Parlamentarismus zeigt – die Mitte einnimmt. Diese *vermittelnde Position* des Konservatismus bzw. des liberalen Konservatismus ist historisch belegbar. Dieser Ideenkreis meidet eine Ausformung seiner Programmatisierung in detailliertere, langfristige Staats- und Gesellschaftsideen; vielmehr reduziert er sein Konzept auf einen normativen Grundbestand, ein *Grundwissen von Politik*, das offen ist für weitere Entwicklungen.

## Schluss

In der politik- und geschichtswissenschaftlichen Forschung wurde von einer Anzahl von Autoren die christlich-demokratische Bewegung als konservativ und restaurativ etikettiert und die Unionsprogrammatisierung teilweise in die Nähe der Programmatisierung der alten Zentrumsparterie als konfessioneller Parterie gerückt. Es konnte gezeigt werden, dass diese Charakterisierung lediglich auf Vertreter der katholischen Soziallehre in den 50er Jahren sowie die konservativen Kritiker im Umkreis einzelner Zirkel zutrifft. Diese »Ontologisierung« der christlich-demokratischen Ideen in der Parterienforschung pflegt einen Mythos, wenn die Christliche Demokratie bezichtigt wird, unkritisch der aristotelisch-thomistischen Theorie zu folgen, die grundsätzlich für unfähig gehalten wird, moderne Ordnungsideen begründen zu können.<sup>82</sup> Das hier gezeichnete Konservatismusbild bezieht seine fragwürdige Plausibilität aus der Gleichsetzung von christlicher bzw. kirchenamtlicher Soziallehre und christlich-demokrati-

<sup>81</sup> Vgl. E. TUCHTFELDT (wie Anm. 7), S. 86; E. PUNTSCH (wie Anm. 6), S. 98, ordnet dem Liberalen den Grundwert Freiheit, dem Sozialisten die Gerechtigkeit, dem Konservativen die Ordnung zu.

<sup>82</sup> Vgl. dagegen die Kritik der jüngeren christlichen Sozialethik sowie der Politik- und Rechtstheorie an der katholischen Naturrechtslehre der Neuscholastik: Franz BÖCKLE/Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE (Hg.), *Naturrecht in der Kritik*, Mainz 1973; Franz BÖCKLE, *Fundamental-moral*, München <sup>3</sup>1981, S. 87, bemerkt, dass Thomas von Aquin »nicht deduktiv, sondern induktiv-reflexiv« verfährt. Damit können sich der christliche Personalismus und die personale Ethik hinsichtlich ihrer flexiblen Theorie (gegenüber neuen Gegebenheiten) auf den Aquinaten berufen.

scher Programmatik. Zugute halten muss man allerdings den behandelten Darstellungen, dass es in der Gründungs- und Konsolidierungsphase durchaus eine Reihe CDU- und CSU-Politiker gab, die – u.a. auch aus wahltaktischen Gründen – die Programmatik der CDU und CSU an die kirchenoffiziellen Sprachregelungen heranrückten und spezifisch kirchliche Naturrechtsforderungen als Parteimeinung vertraten.<sup>83</sup> Doch rechtfertigen es diese Umstände nicht, die Vielgestaltigkeit und Flexibilität christlich-demokratischer Theorie und Programmatik zu ignorieren. Die Christliche Demokratie ist ein eigenständiger politischer Ideenkreis – neben Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus. Das »C« erweist sich als *kulturchristliches* Phänomen, das der Synthese von rechts- und wirtschaftsliberalen sowie konservativen und sozialen Grundsätzen in der CDU-Programmatik zugrunde liegt.

---

83 Vgl. Thomas ELLWEIN, *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München <sup>2</sup>1955.